

## **Warum sich die Hochfinanz und andere Verbrecherorganisationen vor einem Grexit fürchten**

Griechenland ist derzeit mit 175 Prozent zum BIP verschuldet. Bereits beim Eintritt zur Eurozone 2001 lag der Schuldenstand bei ca. 104 Prozent und übertraf den vereinbarten Grenzwert von 60 Prozent der EU-Konvergenzkriterien. Das war kein Geheimnis, aber die damals verantwortlichen Politiker gaben Griechenland dennoch grünes Licht für die Aufnahme in die Eurozone.

Für alle Länder, die zur Eurozone gehörten, gab es günstige Kredite, die die Geschäftsbanken großzügig verteilten. Die nach der Einführung des Euro korrupten Regierungen in Griechenland versprachen ihren Wählern unglaubliche Steuergeschenke (z.B. 14. Monatsgehalt, Pünktlichkeitsprämien ...), die sie mit Krediten finanzieren wollten. Ein paar Jahre war in Griechenland Party angesagt. Aber wie nach jeder großen drogenkonsumierenden (Geldschwemme) Party wird der Kater hinterher umso unangenehmer.

Es kam wie es kommen musste. Die Regierungsvertreter stopften sich ihre Taschen voll, die Staatskassen wurden aufgrund der hohen Zinszahlungen leerer und leerer. Die ausstehenden Kredite konnten nicht mehr rechtzeitig ausgezahlt werden. Somit mussten weitere Kredite aufgenommen werden um alte Schulden zu bedienen. [Das ist aber nicht nur ein griechisches Problem, sondern betrifft alle Euro-Schuldenländer]

Was folgte, waren Entlassungen aus dem Staatsbetrieb und der Verkauf staatseigener Betriebe an Privatinvestoren aus der Hochfinanz. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, die Staatseinnahmen blieben aus und die Schulden explodierten. Inzwischen ist Griechenland die Armutszone und das höchstverschuldeste Land in der EU. Ein zwischenzeitlicher Schuldenschnitt bewirkte gar nichts.

Ein Ausweg aus dem Schuldendilemma ist aussichtslos. Die neuerliche Aufschiebungstaktik zur Rückzahlung der Schulden ist, wie schon in den letzten Jahren, nichts anderes als eine Insolvenzverschleppung. Verantwortlich hierfür ist die in unternehmerischer Hinsicht bankrotte EZB, sowie das gesamte unfähige EU-Parlament. Dort sitzen nur Parteilobbyisten, die sich hauptsächlich für ihre fetten Pensionen interessieren und sich um die Bürger in der EU einen feuchten Dreck kehren – bis vielleicht auf ganz wenige Ausnahmen.

Die Griechen haben bei der Wahl am 25 Januar 2015 viel Hoffnung in das Linksbündnis Syriza und seinen Vorsitzenden Tsipras gesetzt. Wird er und seine neue Regierung Griechenland aus dem Schuldenschlamassel befreien? Mit einem Verbleib in der Eurozone ganz sicher nicht. Der viermonatige Aufschub ist nichts anderes als eine erneute Insolvenzverschleppung durch die EU. Die Steuereintreibung bei den Reichen wird nicht zum erwünschten Erfolg führen.

Griechenland, wenn es wieder auf die Beine kommen will, muss einen ganz anderen Weg gehen als über die EU und der Festhaltung an den Euro. Warum nicht eine Insolvenz mit einem Neuanfang wagen? Hieraus ergäben sich sicherlich mehrere Alternativen.

## Warum nicht etwas ganz anderes wagen?

Griechenland erklärt seine Zahlungsunfähigkeit, endledigt sich somit aller Schulden, verlässt den Euroraum und führt wieder die Drachme ein. Das Geschrei an den Finanzmärkten und in der EU wäre groß und fortan würde Griechenland eine Kapitalbeschaffung von den Kapitalmärkten verwehrt. Na und! Waren es u. a. nicht die Kapitalmärkte, die Banken, die Griechenland mit leichtfertigen Krediten in den Ruin getrieben haben?

Außerdem benötigt eine Regierung, die mit den Staatseinnahmen umsichtig umgeht und nur das ausgibt, was auch eingenommen wird, keine Kredite von Banken oder Privatinvestoren. Volkszertreter sind aber dafür bekannt, für ihre großzügigen Wahlversprechen das Geld aller Steuerzahler in vieler Hinsicht (z.B. Subventionen an Unternehmen... usw.), koste es, was es wolle, aus dem Fenster zu werfen – oder um es deutlicher auszudrücken, den Reichen in den Rachen zu werfen.

## Warum ein Grexit (noch) nicht stattfinden darf

Eine Griechenland-Insolvenz hätte derzeit für die Hochfinanz fatale Folgen. Knapp 322 Mrd. Euro hat Griechenland an Staatsschulden angehäuft. Viele Kreditgeber haben sich mit Kreditderivaten ([CDS](#)), Kreditausfallversicherungen, abgesichert. Bei einer griechischen Pleite könnten derartige [Derivate von 26 Billionen gesprengt](#) werden. Der schon seit längerem angeschwollenen Blase an den Aktienmärkten könnte abrupt die Luft ausgehen und einen weltweiten, finanziellen Tsunami (Crash) auslösen. Es wird zwar immer wieder behauptet, dass Griechenland in der Eurozone nur eine kleine Nummer ist, aber doch zu groß, um Wetten von 26 Billionen zu vernichten.

Und genau deswegen wurde der Grexit zunächst für vier Monate aufgeschoben, damit sich die Finanzhaie entsprechend vorbereiten können. Und wieder einmal ist, wie soll es auch anders sein, der Steuerzahler der Dumme. Die Vollidioten im Bundestag, die erneut einen Aufschub von vier Monaten zugestimmt haben, handelten im Sinne einer Insolvenzverschleppung nicht nur verantwortungslos, sondern auch rechtswidrig, denn laut der Erklärung des BVerfG vom 25. Juli 2012 ist das Wahlrecht der Bundesrepublik verfassungswidrig. Somit ist die Regierung, sowie deren Gesetze und Beschlüsse illegal. Mehr dazu [hier](#).

Ein Unternehmer würde bei einer Insolvenzverschleppung eine Haftstrafe drohen. Politiker bekommen für so ein Vergehen sogar noch Bezüge aus Steuergelder. Genau so funktioniert unser System. Politiker dürfen lügen, betrügen und kriminell handeln und werden dafür auch noch entlohnt. Die Judikative schließt dabei sämtliche Augen.

Und so etwas nennt sich Rechtsstaat, wobei doch das Kürzel BRD als Bananen Republik Deutschland nicht treffender sein könnte.

Bei einem Grexit verlieren die Gläubiger, also die Banken, sowie deren reiche Großkunden, ihr Geld, das sie in griechische Staatsanleihen investiert haben und ihre Zinsen. Die Folge wäre ein Kollaps der griechischen Wirtschaft und nicht zuletzt auch Bankpleiten, zumindest massive Abschreibungen auf die wertlosen Staatsanleihen. Welchen Außenwert die Drachme bei Einführung hätte, ist schwer einzuschätzen. Sicher ist, dass Importe für die meisten Griechen kaum bezahlbar wären, insbesondere Rohöl und Gas für die Energieversorgung.

Nun aber könnte die griechische Regierung ihre Trumpfkarte ziehen. Es ist bekannt, dass in der Ägäis riesige Öl- und Gasvorkommen schlummern und Griechenland möglicherweise auch schon mit Fördergesellschaften Verträge abgeschlossen hat.

**„Die wirtschaftspolitische Handelsorganisation „Scandic Org“, bestehend aus sieben nordeuropäischen Staaten (Schweden, Norwegen, Dänemark, Island, Estland, Lettland und Litauen), bot Griechenland einen Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren über 250 Milliarden! an. Das geschah zu Beginn der Wirtschaftskrise in Hellas, bevor also die Troika (EU, IWF und EZB) mit der endgültigen Zerstörung der griechischen Wirtschaft begannen. Als Gegenleistung forderte „Scandic Org“ für fünf Jahre Exklusivrechte für das Gas- und Ölvorkommen auf griechischem Boden. Das Angebot dieser Organisation hat die griechische Regierung nie beantwortet bzw. die Regierung Karamanlis verwies auf die anstehenden Wahlen und dass eine Unterzeichnung zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei.**

**Scandic Org versuchte es einige Monate später beim amtierenden Ministerpräsident, der wie gesagt bis vor einer Woche jegliches Gerücht im Keim erstickte. Stattdessen kam einige Zeit später eine Antwort aus der USA und Israel, das man sich dem Thema schon angenommen hätte und jeder weitere Versuch, griechisches Gas zu bekommen, nutzlos sei.“ ([Quelle](#))**

Verträge können auch rückgängig gemacht bzw. nicht eingehalten werden (s. Maastricht-Vertrag).

Um nach einem griechischen Staatsbankrott die Wirtschaft möglichst schnell wieder in Gang zu setzen, könnte sich Griechenland an die BRICS-Staaten wenden, ein Aufnahmegesuch stellen und um finanzielle Hilfe bitten. In Verbindung damit wäre ein Austritt aus der NATO ein ganz bedeutender Schritt, zumal keiner der BRICS-Staaten Mitglied der NATO ist.

***„Die BRICS-Staaten streben verstärkt nach einer multipolaren Welt – mit der Gründung einer eigenen Entwicklungsbank und der Abwicklung ihres Handels in ihren eigenen Währungen“ ([Pepe Escobar](#)).***

Zumindest scheinen die zukünftigen Aussichten für Griechenland innerhalb der BRICS-Staaten vielversprechender als in der EU mit der künstlichen Währung Euro, die ohnehin auf Dauer nicht überleben und wegen der verfehlten EZB-Geldpolitik gegenüber dem US-Dollar weiterhin abwerten wird.

Spätestens mit dem Austritt aus der NATO würden bei dem NATO-Oberbefehlshaber USA die Alarmglocken läuten. Mit dem Verlust Griechenlands würde für die USA ein ganz bedeutender militärisch-geopolitischer Stützpunkt wegbrechen. Die Militärstrategen im Pentagon würden sofort rund um Griechenland massiv aufrüsten. In diesem Kontext nur eine kleine Anmerkung: Nur nordamerikanische und europäische Staaten gehören der NATO an.

Sollte Griechenland derartige Schritte wagen, dürfte insbesondere China und Russland den Griechen sicherlich keine Steine in den Weg legen und beim Wiederaufbau nach einem Staatsbankrott großzügig zur Seite stehen.

Allerdings würde die USA bzw. deren Hochfinanz von der Wallstreet und der City of London die EU-Marionetten in Brüssel derart unter Druck setzen, um Griechenland weiter im Euro und der EU zu halten. Und genau dies geschieht bereits seit Jahren.

Aus Sicht der USA/NATO und der Großbanken darf Griechenland auf gar keinen Fall aus dem EU/EURO-Verbund ausscheiden und sich bei einem Staatsbankrott an China und/oder Russland wenden. Es könnte ja zu einem Dominoeffekt in Europa kommen, wenn sich Griechenland aus der Euro-Sklaverei befreit und Nachahmer wie vielleicht Spanien, Portugal ... usw. findet.

## **Könnte Syriza das korrupte EU-Gerüst zum Einsturz bringen?**

Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis sind schlaue Köpfe und wissen nur zu gut, welches Spiel in Brüssel gespielt wird. Die US-Marionetten in Brüssel, in Berlin und die Goldman “Mario”nette® von der EZB wissen ganz genau, dass Griechenland bereits seit Jahren pleite ist und verschieben mit ständigen finanziellen Hilfsmaßnahmen, von denen noch kein Euro beim griechischen Volk angekommen ist, die Insolvenz immer weiter hinaus – mit der Absicht, Griechenland so lange wie möglich in der EU-Zone und im Euro zu halten, um weitere Privatisierungen staatlicher Betriebe zu forcieren. Spätestens wenn alle staatlichen Betriebe an Privatinvestoren verkauft sind, wird Griechenland wie eine heiße Kartoffel fallengelassen.

Und so wird es auf Dauer auch anderen Euro-Ländern gehen. Hätte Griechenland schon vor einigen Jahren auf Finanzhilfe der Troika verzichtet und wäre zur Drachme zurückgekehrt, würde Griechenland um einiges besser dastehen als heute. Zumindest müssten sie heute nicht mit diesem gewaltigen Schuldenberg kämpfen.

Russland z.B. stand nach der Auflösung des Ostblocks 1998 auch kurz vor dem Bankrott ([Quelle](#)). Gewinner dieser Krise waren die sogenannten russischen Oligarchen, die große Finanz- und Industrieimperien, sowie die Medien kontrollierten und in den Schaltstellen der Macht ein- und ausgingen. Der Alkoholiker Boris Jelzin verkaufte staatliche Betriebe quasi zum Nulltarif an westliche Investoren. Für US-Großkonzerne, die nicht nur die US-Regierung in Washington gekauft haben, sondern auch die komplette EU-Kommission, sowie die nationalen Regierungen, die der EU angehören, war der Ausverkauf russischer Staatsbetriebe ein gefundenes Fressen.

Im Mai 2000 wurde Wladimir Putin russischer Regierungschef und durchschaute sehr schnell die Machenschaften der westlich orientierten Oligarchen in Russland. Putin hatte sich niemals für das Amt des Präsidenten aufgedrängt, sondern wurde von Jelzin und den Oligarchen darum gebeten. Kaum war Putin russischer Präsident, herrschte gegenüber den Oligarchen ein ganz anderer Ton. Damit hatten die Oligarchen nicht gerechnet, zumal sie der Ansicht waren, einen Jelzin 2.0 ins höchste Amt zu putschen, der wie die Schnapsnase Jelzin zuvor in deren Interesse zu handelt.

Kurzum, Putin lud die Oligarchen in den Kreml ein und verkündete genau das, was die Oligarchen nicht hören wollten. Mit dem Ausrauben des Staates war es fortan vorbei. Die Oligarchen konnten zwar das behalten, was sie zuvor unter Jelzin dem Staat abgepresst hatten, aber in Zukunft sollten sie doch, wie jeder andere auch, Steuern zahlen.

Von nun an begann nicht nur von den russischen Medien, sondern auch verschärft von der prowestlichen Lügenpresse eine Hetze gegen Putin, die mittlerweile abartige Züge angenommen hat. Putin wurde vorgeworfen, die Ukraine und sogar Europa zu überfallen. Nach dem Maidan-Putsch in Kiew, der von den westlichen Geheimdiensten arrangiert wurde, entschied sich die Krim-Bevölkerung für die Anbindung an Russland.

Nachdem die westlichen Medienhuren, sowie die USA, die EU und fast alle europäischen US-Politmarionetten dieses Referendum als russische Annexion ansahen, wurden gegen Russland wirtschaftliche Sanktionen verhängt, die, wie sich inzwischen herausgestellt hat, überwiegend für europäische Staaten zum Nachteil erweisen. Deutsche Arbeitsplätze, die durch diese Sanktionen verschwinden, interessieren der US-Marionette, Frau Merkel, herzlich wenig. Sie führt nur die Befehle aus, die sie von Washington erhält. Koste es, was es wolle. Ihr Amtseid ist nur Makulatur.

Nach diesem kurzen Schwenker zu Putin und Russland wieder zurück zu Griechenland.

In Griechenland soll es angeblich kein flächendeckendes Kataster geben. Der griechische Staat hat somit keinen Überblick über die Hauseigentümer. Um alle Hauseigentümer zu registrieren, könnte die griechische Regierung alle Hauseigentümer auffordern, sich innerhalb eines Jahres als Eigentümer zu bekennen. Sollten darüberhinaus einige Eigentümer nicht registriert sein, werden die Häuser entweder abgerissen oder gehen in Staatseigentum über.

Griechische Industrieoligarchien, die ihr Vermögen ab 2010 ins Ausland transferiert haben, werden ab diesem Zeitpunkt rückwirkend mit einer Grundsteuer belegt. Bei nicht fristgerechter Zahlung werden die Immobilien unwiderruflich vom griechischen Staat konfisziert. Nur so geht's und die Oberreichen werden sehr schnell ihre Grundsteuer zahlen. Es liegt allerdings an der Syriza-Regierung, entsprechende Gesetze umzusetzen, um die reichen Oligarchen zu Abgaben zu verpflichten. Ist die Syriza-Regierung dazu in der Lage, oder lässt sie sich, wie die Vorgängerregierungen von der Hochfinanz schmieren?

Könnte Syriza das korrupte EU-Gerüst zum Einsturz bringen und den Griechen langfristig wieder Wohlstand beschere und die gewaltige Armut beseitigen? Vielleicht sollte Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis genau studieren, was Putin seit 2000 aus Russland gemacht hat. Während die EU-Länder mit dem Euro-Monster in Schulden versinken, hatte Russland in [2013 eine Staatsverschuldung von 7,9 Prozent zum BIP](#). Eine derart niedrige Staatsverschuldung stört den westlichen Pleitestaaten, allen voran die USA, ungemein. Und genau das war auch der Grund, wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen, um das Land zu schwächen.

Wenn Griechenland aus dem Schuldendilemma raus will, bleibt der jetzigen Regierung unter Syriza nur die Bankrotterklärung, der Austritt aus der EU und dem Euro, sowie gleichzeitig auch der Austritt aus dem Kriegsterrorbündnis NATO mit dem Ziel, sich den BRICS-Staaten anzuschließen. Ist die Syriza-Regierung dazu bereit? Ein Ende mit Schrecken ist immer noch besser als ein Schrecken ohne Ende!

Wenn die griechische Regierung an dem Euro und der EU festhalten will, wird garantiert letzteres eintreten und Griechenland komplett ausverkauft werden. Und genau das hat Putin in Russland verhindert. Sämtliches griechisches Staatseigentum wird an Privatinvestoren zum Nulltarif verhöckert und anschließend werden für lebenswichtige Energie- und Wasserversorgung horrend Preise abverlangt. Ist es das, was Syriza ihren Wählern vor der Wahl im Januar versprochen hat?

Prof. Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut hat ermittelt, dass bei einem Grexit Deutschland ein Maximalverlust von 84,7 Milliarden Euro droht. Frankreich wäre mit einem Verlust von 64,6 Milliarden Euro, Italien mit 56,4 und Spanien mit 38,4 Milliarden Euro dabei. Die vier größten EU\_Länder könnten bei einem Grexit mal ebenso 244 Milliarden Euro abschreiben. Diese Zahlen verdeutlichen, dass der Euro das größte Geldverbrennungsobjekt ist, das es jemals gegeben hat. Und die größten Vollidioten in Brüssel, Berlin, Rom, Paris, Madrid ... befürworten nach wie vor diese Euro-Geldverbrennung.

Griechenland wurde von der Troika in die Armut getrieben ([Video](#)). Statt weiterhin in Brüssel betteln, sollte Syriza sich möglichst schnell aus Brüssel verabschieden und dem Obergäuner der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, der vor wenigen Tagen in seiner hochnäsigen Manier verkündete, dass "[es niemals einen Grexit geben wird](#)", aufzeigen, dass allein Griechenland diese Entscheidung für sich beansprucht.

Herr Juncker, der von keinem Souverän, von keinem EU-Bürger in sein Amt gewählt wurde, kommt sich sehr wichtig vor und ist an Arroganz kaum noch zu übertreffen. Was will er damit sagen? Will er vielleicht die griechischen Schulden aus seiner eigenen Tasche bezahlen? Wohl kaum. Vielmehr beabsichtigt er, die europäischen Steuerzahler weiter bluten zu lassen. Ist Juncker Herrscher über Europa? Wenn dem so sein sollte – na dann gute Nacht! Er ist auch bekannt für folgende Sprüche:

*„Europa findet immer nur durch Krisen zu mehr Integration“.*

*„Wenn es ernst wird, muss man lügen“.*

Der westliche Raubtierkapitalismus, der nur nach einem Ziel strebt, nämlich das Vermögen von ganz unten nach ganz oben zu transportieren, hat versagt und ist zu einer pathologischen Raffgier verkommen. Kein Wunder, dass die Reichen immer reicher werden und die Armut stetig zunimmt. Nur leider begreifen die immer ärmer werdenden Wähler nicht, dass sie ihren Ausbeutern auch noch ihre Stimme geben.

Ein Grexit, ausgelöst von Griechenland, könnte für sehr viel Unruhe in der EU und an den Finanzmärkten sorgen und das Ende der Monster-Währung Euro beschleunigen, wobei ein Dominoeffekt in der Euro-Zone stattfinden könnte.

Hat die Syriza-Regierung den Mut dazu?

Dieter Sordon ([www.krisenfrei.de](http://www.krisenfrei.de))

10. März 2015

